

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische neueste Nachrichten. 1946-1950 1948

9 (22.1.1948)

1948
le 43
ann der
lowack
London
Kanada
schäft
Kre-
ft be-
Wenig
den er-
Fahre
Meister-
erreich,
rde ein
alerno
strecke
Rennen
na der
st es
nischen
h noch
und
ck. Im
gramm,
in der
durch
Heinz
Feder-
Herbst
wichtig-
e in
inen
9
Möbi-
er ge-
nen 53,
den 41
Krauß
re 13
Misch
burg
nun
gegen
ampf-
r die
16
14
12
8
6
4
3
2
1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66
67
68
69
70
71
72
73
74
75
76
77
78
79
80
81
82
83
84
85
86
87
88
89
90
91
92
93
94
95
96
97
98
99
100

Erfassung und Verteilung ist deutsche Angelegenheit

Stuttgart, 21. Jan. (Höe. Eig. Ber.) In einer Pressekonferenz erklärte Mr. Lafolette, der Direktor der Militärregierung von Württemberg, die Grundzüge der deutschen Angelegenheit sei. Die Vereinigten Staaten hätten sich verpflichtet, bestimmte Mengen von Lebensmitteln einzuführen, diese Einfuhren zusammen mit der deutschen Produktion seien die Grundlage der Ernährung der beiden Zonen. Was mit dieser Ernährungsgrundlage geschehe, sei Angelegenheit der deutschen Behörden. Vermutlich laufe ein Teil der Lebensmittel durch illegale Kanäle weg. Bis jetzt habe ihm aber niemand etwas von dieser Art berichtet, was diese Kanäle ihrer Ursprung hätten und wo dafür verantwortlich sei. An ein Angebot von Fett für Württemberg-Baden aus der Schweiz, das in letzter Zeit viel diskutiert wurde, glaube er nicht, da in der Schweiz die Fettverteilung rationiert und ihm kein solches Angebot bekannt sei.

Schlange-Schönigen vor dem Wirtschaftsrat

Frankfurt, 21. Jan. (Dena) Ich weiß nicht, wie wir die nächsten drei Monate überstehen sollen, sagte Dr. H. Schlange-Schönigen, der Direktor der Zweizonenverwaltung für Ernährung und Landwirtschaft, am 21. Jan. in einer Erklärung vor der Vollversammlung des Wirtschaftsrates. Dr. Schlange-Schönigen, der vor allem auf die bedrohliche Ernährungslage hinwies, richtete dann an die Besatzungsmächte die Bitte, die Erlaubnis zum Einkauf von hochwertigen Nahrungsmitteln in den Nachbarländern Deutschlands zu erteilen. Das deutsche Volk sei bereit, die erforderlichen Mittel zur Bezahlung dieser teuren Nahrungsmittel durch harte Arbeit aufzubringen.

100 Mill. Dollar Rohstoffeinfuhren

Berlin, 21. Jan. (Dena) Rund 100 Mill. Dollar sollen im ersten Quartal 1948 für den Ankauf von Rohstoffen für die amerikanische und britische Zonen verwendet werden, gab am 20. Jan. die Vereinigte Export-Importagentur (Jea) bekannt.

General Clay nach USA abgeflogen

Grund: Besprechungen über die Bizonen

Man vermutet Diskussion um Einbeziehung der Doppelzone in den Marshallplan/Sokolowski bestand im Kontrollrat auf Auflösung der Zonenbeschlüsse / Clay über Neuordnung im Zwei-Zonenwesen

Berlin, 21. Jan. (Dena) General Clay und Botschafter Murphy sind sofort nach dem Schluss der Kontrollrats-Sitzung am 20. d. Mts. nach Washington abgeflogen. General Clay und Botschafter Murphy wurden vom stellvertretenden Leiter der Ernährungs- und Landwirtschafts-Abteilung der amerikanischen Militärregierung für Deutschland, Dr. O. B. Panoast, dem Leiter der statistischen Abteilung in der Wirtschaftsabteilung bei der amerikanischen Zonenverwaltung, Dr. Emmet Hughes, begleitet.

General Clay und seine Mitarbeiter werden Besprechungen mit den Mitgliedern des Bewilligungsausschusses des amerikanischen Repräsentantenhauses führen und die Frage der Einbeziehung der Bizonen in den Marshall-Plan sowie der Demontage erörtern. Die Dauer des Washington Aufenthaltes General Clays ist noch unbestimmt. General König erklärte sodann, er habe noch nicht die Zeit gehabt, General Clay ein einseitiges Memorandum zu überreichen, das die amerikanische Militärregierung, daß die bizonale Neuordnung nicht der zukünftigen Gestaltung Deutschlands vorgeföhrt. Die damit in Zusammenhang stehenden Fragen werden immer noch auf Viermächtebasis erörtert.

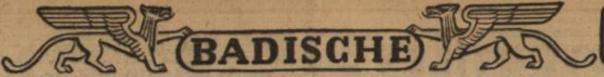
Der britische Oberbefehlshaber, General Robertson, griff Sokolowskis Erklärung auf, daß Großbritannien den sovjetschen Vorschlag zur Errichtung einer deutschen Zentralregierung auf der Londoner Außenministerkonferenz abgelehnt wurde. Eine derartige Konferenz wurde bereits seit längerer Zeit in London, Washington und Paris in Erwägung gezogen und es wird angenommen, daß sie in Kürze vorrückt. General Robertson erklärte, daß die amerikanische Militärregierung in den Vereinigten Staaten, Henri Bonnet, hatte am 20. d. Mts., so wird aus Washington gemeldet, mit Außenminister Marshall eine Unterredung, die, wie Bonnet Pressevertretern erklärte, ein interessanter und freundschaftlicher Generalaustausch über Fragen der Bizonen Deutschlands war.

Die amerikanische Antwort auf die französische Note vom 11. Januar über die Frankfurter Beschlüsse wurde am 19. d. Mts. laut AFP der französischen Botschaft zugestellt. Der Ton der amerikanischen Antwort soll außergewöhnlich verständlich sein und eine Berücksichtigung der französischen Einwände gegen die Frankfurter Entscheidungen erwägen.

Gewerkschaften zum Protokoll M'

Stuttgart, 21. Jan. (Dena) Die Leitung des württemberg-badischen Gewerkschaftsbundes telegraphierte am 19. d. Mts. Verbindung mit „schmutzigen Fälschungen“, wie sie ihm im Zusammenhang mit der Entscheidung des „Protokoll M“ vom Organ des FDGB in der sovjetschen Zone der „Tribüne“ vorgeworfen worden seien.

3. Jahrgang / Nummer 9
Verlag: Badendruck GmbH,
Karlsruhe, Lammstr. 1b-3, Tel. 4061/53



NEUESTE NACHRICHTEN

Karlsruhe, Donnerstag 22. Jan. 1948
Monatlicher Bezugspreis RM. 2,20
Postzug RM 2,00 zuzügl. Zustellgebühr

Folgen der österreichischen Geldreform

Wien, im Jan. (Eigenbericht unseres österreichischen St.-Korrespondenten). Österreichs Geldreform, deren Umtauschfrist für 3. März festgelegt wurde, hat sich zu Weihnachten endete, ließ 1228 Mill. S. zur Wiener Nationalbank zurückfließen und senkte den österreichischen Geldumlauf um ein Fünftel auf 4,8 Milliarden S. von 3 Milliarden Besatzungsgeld um, so daß sich zur Zeit nur mehr 1,8 Milliarden Schilling in österreichischer Volkshand befinden. Die Banken-Guthaben bei der Nationalbank wuchsen indes durch allseitige Kreditrückzahlungen um 1,4 Milliarden, wobei zutage kam, daß die meisten Altbesitzer als mittellosen Kreditinhabern gegen Rückgabepflichten in Neuschillingen deren Bankschuld mit ihrem Altgeld beglichen haben.

Eine Bankenumfrage enthüllte ferner, daß praktisch überall nur die 1:1-Hundertfünftel-Schilling-„Kopffoten“ zur Wechselsetzung präsentiert wurde, und nirgends größere Beträge (die 1:3 abgeschrieben wurden). Summen über mehrere 10 000 S. wurden nur in seltensten, einwandfrei herkunftsbekanntesten Fällen vorgezeigt. Die große Wiener Bank verzeichnete als Höchstumsatz 11 000 S! Dies gilt als Beweis, daß es allen Schiebern und Schleichhändlern gelang, ihre auf Millionen geschätzten Barbestände rechtzeitig zu retten. Wie politische Ermittlungen inzwischen ergeben haben, legten die meisten österreichischen „Schleichkönige“ mit Hilfe ihrer Beziehungen zu informierten Kreisen ihre Millionen lange vor Bekanntwerden der Reform in riesigen US-Zigarettenbeständen an, die sie zu 1,50 S Stückpreis nach Österreich aufkauften, um sie nach Deutschland zu bringen, hier um 5 Mark weiterverkauften, welchen Erlös sie dann in der britischen Zone Deutschlands in 8-Pig-Rasierkrone anlegten, die — nach Österreich gebracht — ihre heute 40 „Neugroschen“ das Stück bringen.

Auf der anderen Seite verzeichnen die österreichischen Arbeitsämter seit Jahreswechsel rapides Ansteigen der Stellungslosen, was auf die Schillingknappung in der Börse des „kleinen Mannes“ zurückgeführt wird. Über den Arbeitslosenstand sind auffallend viele Intellektuelle, die zwei- und mehrsprachige Kenntnisse anbieten, Angestellten-, Büro-, Handwerkerstellen bleiben fieberhaft gefragt, wofür man im nächsten Monat noch eine Steigerung erwartet. Die Empfänger empfinden bereits ausgedehnte Deflationsercheinungen und den Zahlgang als einen Tag des Bangens: ihr Verdienst liegt bei den nach wie vor höchsten Preisen (1 Kilo Fleisch 8 S, 1 Brot 1,10 S, 3 Zigaretten 1 S) in einem Existenzminimum, ohne daß nunmehr Spargelder und andere Reserven „polstern“ wirken könnten.

Fast alle Firmen verzeichnen durch die 1:3-Abrechnung ihres Betriebes akuten Geldmangel und neuen Kreditbedarf, der bereits bezahlten Novemberlöhne müssen sie zudem zurückzahlen und in Neugeld verabfolgen, dazu die vertraglichen Weihnachtsgeldprämien und zu Dezember bereits die neuen Gehälter. Die Produktionsindustrie wieder blieb auf großen, ihr in letzter Minute nach Begleichung aller Außenstände noch zugeflossenen Altgeldbeständen „sitzen“, ebenso die meisten Geschäfte, die ja weiterverkauften mußten. Die ersten 1000 Empfänger wurden am 20. Jan. in der Wiener Schallplattenindustrie „Capitol“ mit 1 Mill. S. ungedeckten Passiven. Deutlich zeichnet sich bereits das Bestreben ab, Senkung der Löhne zu erreichen.

Insgesamt erwang die österreichische Regierung von den Abwanderern zahlloser „Scheinexistenzen“ von den Schwarzhandelsplätzen zu den Wohlfahrtsämtern, deren Fürsorge dadurch erschwert ist, daß ja auch die Guthaben der öffentlichen Kassen, Gemeinden, Länder und des Bundes (Verf.) abgeschöpft sind. Die sich zweifels in Auswirkung der Währungsreform langsam füllenden Schaufenster bedeuten praktisch kaum mehr als „optischen Eindruck“, da breiten Schichten ihre jetzigen Existenz genau so unerschwinglich sind, wie früher diejenigen der Schwarzmärkte. Bezeichnend ist, daß die als „vorläufig gebunden“ bezeichneten Neukonteninhaber vom Volk bereits wieder „Sperrkonten 1948“ genannt und nicht mehr als „realisiert“ gewertet werden. Die Zahl der über demaligen Anstiegen des Notenumlaufs in Neuschillingen, da es dem Staat nach wie vor unmöglich sein dürfte, das dreifache seiner öffentlichen Ausgaben (gemessen an 1937) zu decken, Steuererhöhungen halbierende Passivität sämtlicher Staatsbetriebe aus einer niedrigeren österreichischen Privatwirtschaft ohne Rohstoffe, Maschinen und Verkehr herauszuheben, ohne die Notenpresse zu betätigen.

Flüchtlingskonferenz

Stuttgart, 21. Jan. (Dena) Die Flüchtlingsvertreter der Länder der amerikanischen Zonen verließen am 20. Jan. die bizonale Zone für den Austausch der Flüchtlinge und Ausgewiesenen in Bayern einberufenen Konferenz eine Eingabe an die politischen Parteien und Landtage in der Bizonen, in der die Berücksichtigung der Neubürger bei der Wahl der Abgeordneten für den Wirtschaftsrat gefordert wird. Dabei soll dem Anteil der Flüchtlinge an der Gesamtbevölkerung der verschiedenen Länder entsprechend Verfahren werden.

Entschließung CDU Nordbadens

Die nordbadische CDU faßte in ihrer Landeskonferenz in Weinheim am 18. d. M. folgende Entschließung: „Die Ernährungsfrage wird immer entscheidender zum Existenzproblem des Volkes überhaupt. Der Zerfall der gesundheitlichen Substanz nimmt im gleichen Umfang zu, wie die körperliche und geistige Arbeitskraft und damit die Möglichkeit zum planvollen Wiederaufbau abnimmt. Öffentliche Ordnung und Sicherheit sind gefährdet! Die Lebensmittelzuteilungen sind völlig unzureichend, dazu kommt noch der große Vertrauensunterschied zwischen den auf dem Papier dekretierten und den tatsächlich zugeteilten Kalorien. Die Gerüchte über noch weitere Kürzungen wollen nicht verstummen und lösen eine Katastrophensituation aus.“

Der Landesauschuss der CDU Nordbadens fordert jede Maßnahme zur gewissenhaften Erfassung und sozialgerechten Verteilung der heimischen Lebensmittelproduktion — nur so kann die latente Spannung zwischen Stadt und Land beseitigt werden.

Da aber — trotz schärfer Erfassung — die deutsche Produktion nicht entfernt ausreicht, um den existenznotwendigen Bedarf des Volkes zu decken, zumal im Hinblick auf die Zuweisung von Millionen an Flüchtlingen und den Verlust agrarischen Überschussesgebiete des Ostens, bittet die CDU alle zuständigen Militärregierungsstellen um ausreichende Importe, vorab auch an einheimischen und fetthalbigen Nahrungsmitteln.

Deutschland kämpft heute um seine nackte physische Existenz! Ein Übergang Deutschlands würde auch die übrige Europa in den Abgrund reißen. Ein Deutschland aber, das in die Lage versetzt wird, durch zähe Arbeit sich wieder empfinden zu können, ist ein Land, das den Weg bahnen und damit auch in der geistigen Auseinandersetzung zwischen West und Ost Pionierdienste leisten kann.“

Aufwurf des Gewerkschaftsbundes

Die Landeskonferenz des Gewerkschaftsbundes Württemberg-Baden am 20. 1. 1948 ist nach Anhörung eines Berichtes des Ministers Stooß über die gegenwärtige Ernährungslage und nach reger Aussprache der Auffassung, daß die beabsichtigte Kürzung der Fettzuteilung in der 110. und 111. Periode auf die Hälfte nicht vorgenommen werden sollte.

Die Ernährungsverhältnisse der arbeitenden Bevölkerung in Württemberg-Baden sind bereits so schlecht, daß eine weitere Kürzung der Fettzuteilung zu einer schweren Schädigung der Volksgesundheit führen muß. Die Konferenz fordert erneut, daß nicht nur in Württemberg-Baden, sondern in allen Ländern der Bizonen die vorhandenen Lebensmittel restlos und gerecht verteilt werden. Die Teilnehmer der Konferenz sind nicht der Überzeugung, daß die verantwortlichen Behörden bei der Erfassung der Lebensmittel ihre Pflicht getan haben und tun. Auch in der Bekämpfung des Schwarzhandels müssen die Regierungen und ihre Organe.

Die Gewerkschaften von Württemberg-Baden haben der Regierung schon vor Monaten eine Reihe von Sofortmaßnahmen vorgeschlagen. Leider muß festgestellt werden, daß diese Maßnahmen nicht oder nur in ungenügendem Maße zur Durchführung gekommen sind. Die Gewerkschaften verlangen von der Staatsregierung, daß nunmehr alle Maßnahmen ergriffen werden, um der Notlage und dem Notstand gerecht zu werden. Wer aus egoistischen und gewinnstüchtigen Gründen Lebensmitteln und Verbrauchsgütern zurückhält oder den Schwarzmarkt befreit, muß rasch und hart bestraft werden. Geldstrafen genügen nicht. Ein Eingriff in Besitz und Vermögen und die Schließung der Geschäfte sind Mindestforderungen. Aufgabe der Regierung und Landtag muß sein, alle nicht lebensnotwendigen Fragen und Beratungen zurückzustellen und die ganze Kraft von Verwaltung und Gesetzgebung dafür einzusetzen, daß Maßnahmen festgelegt werden, die zur Überwindung des Notstandes führen. Nicht nur bei der Landwirtschaft, sondern auch bei der gewerblichen Wirtschaft sind Betriebskontrollen durchzuführen, um eine restlose Erfassung der landwirtschaftlichen, industriellen und gewerblichen Produkte sicherzustellen. Korruptionserscheinungen ist mit allen Mitteln entgegenzutreten. Wenn diese Mindestforderungen der Gewerkschaften nicht raschestens erfüllt werden, müssen die Gewerkschaften die Verantwortung für die weitere Entwicklung ablehnen und behalten sich weitere Maßnahmen vor.

Hinzuweisen möchte die Gewerkschaften an die Besatzungsmacht die dringende Bitte, durch erhöhte Einfuhr von Lebensmitteln dem deutschen Volk bei der Überwindung der Ernährungsnotlage zu helfen. Eine weitere Verbesserung in der Fettversorgung wäre möglich, wenn Deutschland zum Walfischfang zugelassen würde. Würde die Hilfe versagt, dann wäre eine Katastrophe unvermeidlich, deren politische und wirtschaftliche Folgen und Auswirkungen nicht zu übersehen sind.

Stooß: „50prozentige Fettkürzung“

„Jede Kürzung ist ein direktes Versagen der deutschen Behörden“, erklärt das Zweimächte-Kontrollamt

Stuttgart, 21. Jan. (Dena) Württemberg-Baden wird die Kürzung der Fettzuteilung in der 110. und 111. Periode auf die Hälfte nicht vorgenommen werden sollte. Die Ernährungsverhältnisse der arbeitenden Bevölkerung in Württemberg-Baden sind bereits so schlecht, daß eine weitere Kürzung der Fettzuteilung zu einer schweren Schädigung der Volksgesundheit führen muß. Die Konferenz fordert erneut, daß nicht nur in Württemberg-Baden, sondern in allen Ländern der Bizonen die vorhandenen Lebensmittel restlos und gerecht verteilt werden. Die Teilnehmer der Konferenz sind nicht der Überzeugung, daß die verantwortlichen Behörden bei der Erfassung der Lebensmittel ihre Pflicht getan haben und tun. Auch in der Bekämpfung des Schwarzhandels müssen die Regierungen und ihre Organe.

Die Gewerkschaften von Württemberg-Baden haben der Regierung schon vor Monaten eine Reihe von Sofortmaßnahmen vorgeschlagen. Leider muß festgestellt werden, daß diese Maßnahmen nicht oder nur in ungenügendem Maße zur Durchführung gekommen sind. Die Gewerkschaften verlangen von der Staatsregierung, daß nunmehr alle Maßnahmen ergriffen werden, um der Notlage und dem Notstand gerecht zu werden. Wer aus egoistischen und gewinnstüchtigen Gründen Lebensmitteln und Verbrauchsgütern zurückhält oder den Schwarzmarkt befreit, muß rasch und hart bestraft werden. Geldstrafen genügen nicht. Ein Eingriff in Besitz und Vermögen und die Schließung der Geschäfte sind Mindestforderungen. Aufgabe der Regierung und Landtag muß sein, alle nicht lebensnotwendigen Fragen und Beratungen zurückzustellen und die ganze Kraft von Verwaltung und Gesetzgebung dafür einzusetzen, daß Maßnahmen festgelegt werden, die zur Überwindung des Notstandes führen. Nicht nur bei der Landwirtschaft, sondern auch bei der gewerblichen Wirtschaft sind Betriebskontrollen durchzuführen, um eine restlose Erfassung der landwirtschaftlichen, industriellen und gewerblichen Produkte sicherzustellen. Korruptionserscheinungen ist mit allen Mitteln entgegenzutreten. Wenn diese Mindestforderungen der Gewerkschaften nicht raschestens erfüllt werden, müssen die Gewerkschaften die Verantwortung für die weitere Entwicklung ablehnen und behalten sich weitere Maßnahmen vor.

Hinzuweisen möchte die Gewerkschaften an die Besatzungsmacht die dringende Bitte, durch erhöhte Einfuhr von Lebensmitteln dem deutschen Volk bei der Überwindung der Ernährungsnotlage zu helfen. Eine weitere Verbesserung in der Fettversorgung wäre möglich, wenn Deutschland zum Walfischfang zugelassen würde. Würde die Hilfe versagt, dann wäre eine Katastrophe unvermeidlich, deren politische und wirtschaftliche Folgen und Auswirkungen nicht zu übersehen sind.

Die Ernährungsverhältnisse der arbeitenden Bevölkerung in Württemberg-Baden sind bereits so schlecht, daß eine weitere Kürzung der Fettzuteilung zu einer schweren Schädigung der Volksgesundheit führen muß. Die Konferenz fordert erneut, daß nicht nur in Württemberg-Baden, sondern in allen Ländern der Bizonen die vorhandenen Lebensmittel restlos und gerecht verteilt werden. Die Teilnehmer der Konferenz sind nicht der Überzeugung, daß die verantwortlichen Behörden bei der Erfassung der Lebensmittel ihre Pflicht getan haben und tun. Auch in der Bekämpfung des Schwarzhandels müssen die Regierungen und ihre Organe.

Die Gewerkschaften von Württemberg-Baden haben der Regierung schon vor Monaten eine Reihe von Sofortmaßnahmen vorgeschlagen. Leider muß festgestellt werden, daß diese Maßnahmen nicht oder nur in ungenügendem Maße zur Durchführung gekommen sind. Die Gewerkschaften verlangen von der Staatsregierung, daß nunmehr alle Maßnahmen ergriffen werden, um der Notlage und dem Notstand gerecht zu werden. Wer aus egoistischen und gewinnstüchtigen Gründen Lebensmitteln und Verbrauchsgütern zurückhält oder den Schwarzmarkt befreit, muß rasch und hart bestraft werden. Geldstrafen genügen nicht. Ein Eingriff in Besitz und Vermögen und die Schließung der Geschäfte sind Mindestforderungen. Aufgabe der Regierung und Landtag muß sein, alle nicht lebensnotwendigen Fragen und Beratungen zurückzustellen und die ganze Kraft von Verwaltung und Gesetzgebung dafür einzusetzen, daß Maßnahmen festgelegt werden, die zur Überwindung des Notstandes führen. Nicht nur bei der Landwirtschaft, sondern auch bei der gewerblichen Wirtschaft sind Betriebskontrollen durchzuführen, um eine restlose Erfassung der landwirtschaftlichen, industriellen und gewerblichen Produkte sicherzustellen. Korruptionserscheinungen ist mit allen Mitteln entgegenzutreten. Wenn diese Mindestforderungen der Gewerkschaften nicht raschestens erfüllt werden, müssen die Gewerkschaften die Verantwortung für die weitere Entwicklung ablehnen und behalten sich weitere Maßnahmen vor.

900 Millionen Dollar für die Bizonen

England, Frankreich, Bizonen und Italien erhalten zwei Drittel der 1. Rate der US-Hilfe — Dulas warnt amerik. Militärregierung — Stabilisierungsplan Baruch

Washington, 21. Jan. (Dena-Reuter) Großbritannien, Frankreich, die Bizonen und Italien werden ungefähr zwei Drittel der von den USA im Rahmen des Marshallplans für die ersten 15 Monate vorgesehenen 9,8 Milliarden Dollar erhalten, gab das amerikanische Außenministerium am Dienstag bekannt. Für die Bizonen sind 914,5 Mill. Dollar vorgesehen.

Das Außenministerium betonte, daß die angelegenen Zahlen nur vorläufig festgesetzt seien und noch abgeändert werden könnten. Sie stellten die von den einzelnen Ländern benötigten Dollarbeträge zur Finanzierung der erforderlichen Importe aus der westlichen Hemisphäre dar. Die einzelnen europäischen Ländern selbst aus Exporten erzielten Dollarbeträge seien bei den Berechnungen bereits abgesetzt worden.

Die französische Zone soll nach dem Plan 804 Millionen Dollar und die Saar 109 Millionen Dollar erhalten.

Das Außenministerium gibt sodann in einer Liste den Dollarbedarf für Einfuhren der einzelnen Länder an sowie die Dollarerlöse der betreffenden Länder, die sich aus den Exporten ergeben. Für die Bizonen wird ein Gesamtbedarf von 1014,1 Millionen Dollar angegeben, dem Exporterlöse in Höhe von 99,6 Millionen gegenüberstehen.

Die Vereinigten Staaten werden in den ersten 15 Monaten des Marshallplanes voraussichtlich 53 Prozent aller Einfuhren Europas aus der westlichen Hemisphäre finanzieren, wie aus in London am 20. d. Mts. veröffentlichten Dokumenten des amerikanischen Außenministeriums über den Marshallplan hervorgeht.

Der bekannte Wirtschaftssachverständige und Berater Präsident Trumans, Bernard M. Baruch, unterbreitete am 13. d. Mts. dem Senatsauschuss für auswärtige Angelegenheiten ein Elf-Punkte-Programm für die Stabilisierung in der Welt. Das Programm sieht u. a. vor: Eine gemeinsame wirtschaftliche und Verteidigungseinheit Europas im Rahmen der Vereinten Nationen. Die Vereinigten Staaten und diejenigen Länder, die bereit sind, sich den Vereinten Nationen anzuschließen, sollen der Staaten, die diese Union beitreten, Hilfe gegen jede Aggression garantieren und die feste Verpflichtung übernehmen, an der gemeinsamen Verteidigung teilzunehmen, wenn eines dieser Länder angegriffen werden sollte. Das Programm sieht auch die Errichtung einer internationalen Kontrolle unterstellter werden. Stabilisierung der europäischen Währungen.

US-Politik für Westdeutschland sollte Außenministerium übertragen werden

John Foster Dulles, republikanischer Sachverständiger für Außenpolitik, erklärte am 20. d. Mts. vor dem Senatsauschuss für auswärtige Angelegenheiten, daß die amerikanische Außenpolitik in Europa „bemüht“, wenn die europäischen Demokratien nicht durch den Marshallplan unterstützt würden. Er forderte den Kongress auf, die gesamte für die erste Phase des Marshallplans vorgesehene Summe von sechs Milliarden hundert Millionen Dollar zu bewilligen und kritisierte die zwiespältige amerikanische Politik in Westdeutschland. Dulles warf der amerik. Militärregierung für Deutschland vor, sie handele so, als habe sie nie etwas von einem europäischen Wiederaufbau gehört. Die Kontrolle der amerikanischen Politik in Westdeutschland durch das Außenministerium, so behauptete Dulles, sei schon lange überfällig und sollte „unverzüglich“ von der mec an das Außenministerium übertragen werden.

Im Telegrammstil

Washington. Der amerikanische Außenminister George C. Marshall, erklärte hier am Mittwoch, er stimme mit dem britischen Außenminister Ernest Bevin völlig darin überein, daß die Ernährungsfrage in Deutschland ernst sei. (Dena-Reuter)

Der ehemalige stellvertretende polnische Premierminister Stanislaw Mikolajczyk und fünf weitere im Exil lebende Vorsitzende osteuropäischer Bauernparteien haben am Montag die Vereinten Staaten dringend, auch die demokratischen Bauerngruppen hinter dem eisernen Vorhang in den Marshall-Plan einzubeziehen. Sie beschreiben über ein 310 Millionen-Dollar-Hilfsprogramm für China wurden am 19. d. Mts. zwischen amerikanischen Beamten und einer von früheren Gouverneuren der chinesischen Zentralbank, Petauy, geleiteten Mission chinesischer Fachleute aufgenommen. (Dena-INS)

Ottawa. Der kanadische Ministerpräsident Mackenzie King gab am 19. d. Mts. eine Kabinettsitzung bekannt, von der vier Minister betroffen werden. (Dena-Reuter)

Buenos Aires. Der „Peron-Plan“ zur Bekämpfung der Inflation durch den Verkauf in der Welt schließt die Gewährung von Krediten in Höhe von insgesamt 3 133 000 000 Dollar an bedingte Kredite für den Export von Lebensmitteln ein, erklärte am 19. d. Mts. der Präsident des argentinischen Senatsausschusses für auswärtige Angelegenheiten, Senator Diego Luis de los Rios. (Dena-INS)

Stuttgart. Deutsche und österreichische Beamte besprechen vom 20. bis 22. d. Mts.

Gegen Schwarz und Grau

Durch das großherige Netz der Erfassung schlüpft nicht wenig. Man weiß das und wagt sich anfanglich schamlos...

Wiedereröffnung der Schöfengerichte. Nach der Verordnung des Justizministeriums wird...

Die Stadtkasse kam nicht zu kurz. Der bei 4198 Strafen über eine Million...

Schulreform unzeitgemäß!

Auf Einladung der Leitung und des Elternbeirates der Pflanzschule Karlsruhe...

Vor Beginn der V. Olympischen Winterspiele

Die V. Olympischen Winterspiele werden am 30. Januar 18 Uhr in St. Moritz eröffnet...

Beim Skispringen auf der großen Olympiaschanze in Garmisch stand Sapp Weiler...

Frankreichs Weltrekordwettbewerb Alex Jany stellte eine neue Weltbestleistung...

Bei den Eisschnellläufern wurde die deutsche Mannschaft durch den Sieg von...

Bei den Eisschnellläufern wurde die deutsche Mannschaft durch den Sieg von...

Bei den Eisschnellläufern wurde die deutsche Mannschaft durch den Sieg von...

Bei den Eisschnellläufern wurde die deutsche Mannschaft durch den Sieg von...

Bei den Eisschnellläufern wurde die deutsche Mannschaft durch den Sieg von...

Bei den Eisschnellläufern wurde die deutsche Mannschaft durch den Sieg von...

Bei den Eisschnellläufern wurde die deutsche Mannschaft durch den Sieg von...

Bei den Eisschnellläufern wurde die deutsche Mannschaft durch den Sieg von...

Bei den Eisschnellläufern wurde die deutsche Mannschaft durch den Sieg von...

Bei den Eisschnellläufern wurde die deutsche Mannschaft durch den Sieg von...

Bei den Eisschnellläufern wurde die deutsche Mannschaft durch den Sieg von...

Bei den Eisschnellläufern wurde die deutsche Mannschaft durch den Sieg von...

Bei den Eisschnellläufern wurde die deutsche Mannschaft durch den Sieg von...

Bei den Eisschnellläufern wurde die deutsche Mannschaft durch den Sieg von...

Bei den Eisschnellläufern wurde die deutsche Mannschaft durch den Sieg von...

Bei den Eisschnellläufern wurde die deutsche Mannschaft durch den Sieg von...

Bei den Eisschnellläufern wurde die deutsche Mannschaft durch den Sieg von...

Bei den Eisschnellläufern wurde die deutsche Mannschaft durch den Sieg von...

Bei den Eisschnellläufern wurde die deutsche Mannschaft durch den Sieg von...

Bei den Eisschnellläufern wurde die deutsche Mannschaft durch den Sieg von...

Bei den Eisschnellläufern wurde die deutsche Mannschaft durch den Sieg von...

Bei den Eisschnellläufern wurde die deutsche Mannschaft durch den Sieg von...

Bei den Eisschnellläufern wurde die deutsche Mannschaft durch den Sieg von...

KURZE STADTNOTIZEN

Lohnsteuerkarten 1948. Nach den Bekanntmachungen des Landesfinanzamts...

Wer kennt die Täter? In der Nacht vom 19. auf den 20. Januar wurde in...

Wer kann Angaben machen? Am 18. 1. 1948 gegen 9.30 Uhr wurde in der Rheinstr. 2...

Anschließend gab Dr. Kappas einen Bericht über den Gesundheitszustand der...

In der Hauptverhandlung wurde die Angeklagte nicht über sich ein Geständnis...

„Kein Geld ist vorteilhafter angewandt“, behauptet Schopferberger, indem er...

„In der Hauptverhandlung wurde die Angeklagte nicht über sich ein Geständnis...

„In der Hauptverhandlung wurde die Angeklagte nicht über sich ein Geständnis...

„In der Hauptverhandlung wurde die Angeklagte nicht über sich ein Geständnis...

„In der Hauptverhandlung wurde die Angeklagte nicht über sich ein Geständnis...

„In der Hauptverhandlung wurde die Angeklagte nicht über sich ein Geständnis...

„In der Hauptverhandlung wurde die Angeklagte nicht über sich ein Geständnis...

„In der Hauptverhandlung wurde die Angeklagte nicht über sich ein Geständnis...

„In der Hauptverhandlung wurde die Angeklagte nicht über sich ein Geständnis...

„In der Hauptverhandlung wurde die Angeklagte nicht über sich ein Geständnis...

„In der Hauptverhandlung wurde die Angeklagte nicht über sich ein Geständnis...

„In der Hauptverhandlung wurde die Angeklagte nicht über sich ein Geständnis...

„In der Hauptverhandlung wurde die Angeklagte nicht über sich ein Geständnis...

„In der Hauptverhandlung wurde die Angeklagte nicht über sich ein Geständnis...

„In der Hauptverhandlung wurde die Angeklagte nicht über sich ein Geständnis...

„In der Hauptverhandlung wurde die Angeklagte nicht über sich ein Geständnis...

„In der Hauptverhandlung wurde die Angeklagte nicht über sich ein Geständnis...

„In der Hauptverhandlung wurde die Angeklagte nicht über sich ein Geständnis...

„In der Hauptverhandlung wurde die Angeklagte nicht über sich ein Geständnis...

„In der Hauptverhandlung wurde die Angeklagte nicht über sich ein Geständnis...

„In der Hauptverhandlung wurde die Angeklagte nicht über sich ein Geständnis...

Die Trümmer der Demontage

Die Vereinigung der Industrie- und Handwerkskammern von Nordrhein-Westfalen...

Die Trümmer der Demontage

Die Vereinigung der Industrie- und Handwerkskammern von Nordrhein-Westfalen...

Protestkundgebung der Angestellten

Schärfste Bestrafung der Schwarzhändler gefordert

Zu einer öffentlichen Kundgebung der Angestelltenverbandes hatten sich am Mittwoch...

Anschließend gab Dr. Kappas einen Bericht über den Gesundheitszustand der...

In der Hauptverhandlung wurde die Angeklagte nicht über sich ein Geständnis...

„Kein Geld ist vorteilhafter angewandt“, behauptet Schopferberger, indem er...

„In der Hauptverhandlung wurde die Angeklagte nicht über sich ein Geständnis...

„In der Hauptverhandlung wurde die Angeklagte nicht über sich ein Geständnis...

„In der Hauptverhandlung wurde die Angeklagte nicht über sich ein Geständnis...

„In der Hauptverhandlung wurde die Angeklagte nicht über sich ein Geständnis...

„In der Hauptverhandlung wurde die Angeklagte nicht über sich ein Geständnis...

„In der Hauptverhandlung wurde die Angeklagte nicht über sich ein Geständnis...

„In der Hauptverhandlung wurde die Angeklagte nicht über sich ein Geständnis...

„In der Hauptverhandlung wurde die Angeklagte nicht über sich ein Geständnis...

„In der Hauptverhandlung wurde die Angeklagte nicht über sich ein Geständnis...

„In der Hauptverhandlung wurde die Angeklagte nicht über sich ein Geständnis...

„In der Hauptverhandlung wurde die Angeklagte nicht über sich ein Geständnis...

„In der Hauptverhandlung wurde die Angeklagte nicht über sich ein Geständnis...

„In der Hauptverhandlung wurde die Angeklagte nicht über sich ein Geständnis...

„In der Hauptverhandlung wurde die Angeklagte nicht über sich ein Geständnis...

„In der Hauptverhandlung wurde die Angeklagte nicht über sich ein Geständnis...

„In der Hauptverhandlung wurde die Angeklagte nicht über sich ein Geständnis...

„In der Hauptverhandlung wurde die Angeklagte nicht über sich ein Geständnis...

„In der Hauptverhandlung wurde die Angeklagte nicht über sich ein Geständnis...

„In der Hauptverhandlung wurde die Angeklagte nicht über sich ein Geständnis...



„Der Wassermangel scheint überwunden zu sein“

„Hm - das merke ich an der Suppe“

Werher stammen die Währungsnoten?

Der Franc verdrängt seinen Namen der lateinischen Inschrift „Francorum rex“...

Der Franc verdrängt seinen Namen der lateinischen Inschrift „Francorum rex“...

Der Franc verdrängt seinen Namen der lateinischen Inschrift „Francorum rex“...

Der Franc verdrängt seinen Namen der lateinischen Inschrift „Francorum rex“...

Der Franc verdrängt seinen Namen der lateinischen Inschrift „Francorum rex“...

Der Franc verdrängt seinen Namen der lateinischen Inschrift „Francorum rex“...

Der Franc verdrängt seinen Namen der lateinischen Inschrift „Francorum rex“...

Der Franc verdrängt seinen Namen der lateinischen Inschrift „Francorum rex“...

Der Franc verdrängt seinen Namen der lateinischen Inschrift „Francorum rex“...

Der Franc verdrängt seinen Namen der lateinischen Inschrift „Francorum rex“...

Der Franc verdrängt seinen Namen der lateinischen Inschrift „Francorum rex“...

Der Franc verdrängt seinen Namen der lateinischen Inschrift „Francorum rex“...

Der Franc verdrängt seinen Namen der lateinischen Inschrift „Francorum rex“...

Der Franc verdrängt seinen Namen der lateinischen Inschrift „Francorum rex“...

Der Franc verdrängt seinen Namen der lateinischen Inschrift „Francorum rex“...

Der Franc verdrängt seinen Namen der lateinischen Inschrift „Francorum rex“...

Der Franc verdrängt seinen Namen der lateinischen Inschrift „Francorum rex“...

Der Franc verdrängt seinen Namen der lateinischen Inschrift „Francorum rex“...

Der Franc verdrängt seinen Namen der lateinischen Inschrift „Francorum rex“...

Der Franc verdrängt seinen Namen der lateinischen Inschrift „Francorum rex“...

Der Franc verdrängt seinen Namen der lateinischen Inschrift „Francorum rex“...

Der Franc verdrängt seinen Namen der lateinischen Inschrift „Francorum rex“...

Der Franc verdrängt seinen Namen der lateinischen Inschrift „Francorum rex“...